



Niederschrift

89. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.04.2013
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	ab 17:30 Uhr
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	ab 17:15 Uhr
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:40 Uhr
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	ab 17:15 Uhr
Herr Jan Wendt	Die Andere	bis 18:35 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Frau Franziska Schneider	FDP	ab 17:10 Uhr
Herr Wolfgang Cornelius	Potsdamer Demokraten	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Claus Wartenberg	SPD	entschuldigt
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Stefan Becker	FDP	entschuldigt
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Jetschmanegg, Büro Oberbürgermeister
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport	Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales, Jugend	Herr Frerichs, Frau Moll, Bereich Wirtschaftsförder.
Gesundheit, Ordnung, Umweltschutz	Frau Krusemark, Bereich Recht und Grundstücksman.
Herr Klipp, GB Stadtentwicklung und Bauen	Herr Domnick, Bereich Beteiligungsmanagement
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters	Herr Neumann, Herr Böhme, Stadtwerke Potsdam
Frau Ziegenbein, Schriftführerin	weitere Gäste – siehe Gästeliste

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
10.04.2013
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
- 3.2 Finanzielle Unterstützung des Archiv e.V. für eine baldige Wiedereröffnung des
soziokulturellen Standorts Leipziger Str. 60
Vorlage: 13/SVV/0209
Fraktion DIE LINKE
- 3.3 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten
Vorlage: 11/SVV/0825
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -
Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern
Vorlage: 12/SVV/0776
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.5 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit
finanziellen Auswirkungen
Vorlage: 12/SVV/0209
Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
- 3.6 Workshop zur Zielfindung
Vorlage: 13/SVV/0117
Fraktion FDP
- 3.7 Ergänzung des Beschlusses 10/SVV/0173 - Ehrenkodex der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0184
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.8 Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0190
Oberbürgermeister, SB Recht und Grundstücksmanagement

- 3.9 Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0178
Fraktion SPD
- 3.10 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV
Vorlage: 13/SVV/0203
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.11 Azubiwohnen
Vorlage: 13/SVV/0204
Fraktion SPD
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Bericht über das Ergebnis der Diskussion im VBB bezüglich des Angebots von Drei- bzw. Sechsmonatskarten für den Nahverkehr
gemäß Beschluss: 13/SVV/0034
- 4.2 Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2012/2013
Vorlage: 13/SVV/0193
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 4.3 Bericht der Stadtwerke Potsdam GmbH zum Stadtwerkefest 2013
- 4.4 Kommunale Immobilienverkäufe 2013
Vorlage: 13/SVV/0239
Oberbürgermeister, SB Recht und Grundstücksmanagement
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.04.2013

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Er schlägt vor, folgende Tagesordnungspunkte **zurückzustellen**:

- Tagesordnungspunkt 3.5, **12/SVV/0209**, Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen, da hierzu das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt,
- Tagesordnungspunkt 3.10, **13/SVV/0203**, Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV, da hierzu das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen fehlt.

Erweitert werden soll die Tagesordnung um

- eine von der Fraktion SPD beantragte Information zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners,
- eine Information zu Verwaltungsstrukturveränderung und
- auf Antrag der Fraktion DIE LINKE um die DS 13/SVV/0183, Umsetzung Potsdam 22.

Herr Schubert spricht sich gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus, da er über die Unterlagen nicht verfügt und sich nicht in der Lage fühle, eine zielführende Diskussion zu führen und über den Antrag abzustimmen. Frau u Dr. Schröter verweist auf den Hinweis bzw. die Bitte der Fraktion bei der Einbringung des Antrags in der Stadtverordnetenversammlung um eine zügige Beratung des Anliegens. Um dem zu entsprechen, könne dies, so der Oberbürgermeister, in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08.05.2013 verdeutlicht und eine sofortige Abstimmung beantragt werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 88. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 10. April 2013 gibt es keine Hinweise; sie wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm**

Vorlage: 12/SVV/0664

Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister informiert, dass weitere Gespräche stattgefunden haben, aber die Beteiligten noch nicht am Endpunkt der Beratungen angekommen seien. Dazu werden weitere Stellungnahmen benötigt, die in der nächsten Woche vorliegen sollen, so dass voraussichtlich in der Sitzung des Hauptausschusses am 15. Mai wieder berichtet werden könne.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter meint er, dass es „Bewegung“ in der Angelegenheit gebe und er hoffe, eine Einigung erzielen zu können.

**zu 3.2 Finanzielle Unterstützung des Archiv e.V. für eine baldige Wiedereröffnung
des soziokulturellen Standorts Leipziger Str. 60**
Vorlage: 13/SVV/0209
Fraktion DIE LINKE

Unter Verweis auf die Beschlussfassung zur DS 13/SVV/0226 in der letzten Sitzung des Hauptausschusses fragt der Oberbürgermeister nach, ob sich der Antrag der Fraktion DIE LINKE damit erledigt habe.
Gegen die Bitte von Frau Dr. Müller, diesen bis zum Abschluss des avisierten Vertrages **zurückzustellen**, erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 3.3 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und
Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten**
Vorlage: 11/SVV/0825

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Herr Schubert schlägt unter Verweis auf die Beschlussfassung zur DS 13/SVV/0226 in der letzten Sitzung des Hauptausschusses vor, die DS 11/SVV/0825 und 12/SVV/0776 als durch Verwaltungshandeln erledigt zu betrachten. Da es sich um Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt handele, können sie nicht aus dem Geschäftsgang genommen werden.

Auf den Widerspruch von Frau Dr. Schröter und den Verweis darauf, dass eine Zustimmung zu beiden Anträgen das richtige Signal wäre, entgegnet er, dass es Signale in ausreichender Weise gegeben habe und eine Zurückstellung nichts am Verfahrensstand ändern werde.

Ebenso findet Frau Dr. Müller, dass ein „durch Verwaltungshandeln erledigt“ kein gutes Signal sei und bislang noch keine Verträge geschlossen wurden, so dass durchaus abgestimmt werden könne.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Anträge **bis zum Vorliegen eines unterschriftsreifen Vertrages zurückzustellen**, erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 3.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2013/14 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und
Bürger' - Nummer 18: Archiv endlich dauerhaft sichern**
Vorlage: 12/SVV/0776

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

siehe Tagesordnungspunkt 3.3.

**zu 3.5 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit
finanziellen Auswirkungen**
Vorlage: 12/SVV/0209

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP

zurückgestellt

zu 3.6 Workshop zur Zielfindung
Vorlage: 13/SVV/0117
Fraktion FDP

Der Oberbürgermeister verweist auf das zustimmende Votum des Ausschusses für Finanzen zu einem geänderten Beschlusstext, der allen Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vorliegt.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, was unter einer „institutionalisierten Beteiligung“ der Stadtverordneten zu verstehen sei, antwortet Herr Dr. Wegewitz als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen. Herr Becker als Vertreter der Antragstellerin habe besonderen Wert auf eine regelmäßige Beteiligung der Stadtverordneten gelegt, so dass eben nicht nur einmalig, sondern unter zwingender Beteiligung der Stadtverordneten die Umsetzung des Anliegens erfolgen solle.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **der StVV im September 2013 einen Maßnahme- und Zeitplan für die Umsetzung des StVV-Beschlusses zur strategischen Haushaltsaufstellung für den Haushaltsentwurf 2015/16 (11/SVV/0907) vorzulegen und dabei die institutionalisierte Beteiligung der Stadtverordneten abzusichern.** ~~Workshop zu organisieren, der in Vorbereitung auf die strategische Haushaltsführung die Zielfestlegung für die Landeshauptstadt Potsdam unter aktiver Beteiligung der Politik und der Verwaltung zum Ziel hat.~~

Ergebnis des Workshops **gesamten Verfahrens** soll eine verbindliche Festlegung der Oberziele und Ziele der Landeshauptstadt Potsdam in der Reihenfolge ihrer Priorität für Politik und Verwaltung **in der Landeshauptstadt Potsdam** sein, die der Stadtverordnetenversammlung im November 2013 zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	4

zu 3.7 Ergänzung des Beschlusses 10/SVV/0173 - Ehrenkodex der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0184

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Frau Reinert als Antikorruptionsbeauftragte erläutert, dass der Ehrenkodex um einen Punkt „Geschenke/Bewirtungen/Freikarten“ und einen Punkt 6 „Berichtspflicht“ erweitert werden soll. Diese Vorschläge seien im Ehrenrat und in den Fraktionen vorgestellt worden.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, wird der Antrag zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der „Ehrenkodex der Landeshauptstadt Potsdam“, DS 10/SVV/0173, wird um einen Punkt 5 - Geschenke/Bewirtungen/Freikarten - sowie einen Punkt 6 – Berichtspflicht (gemäß Anlage) - ergänzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

**zu 3.8 Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 13/SVV/0190**

Oberbürgermeister, SB Recht und Grundstücksmanagement

Frau Dr. Müller fragt nach, warum im § 3 **Gebührenbefreiungen und -ermäßigungen** die Aufzählung der einzelnen Leistungen, für die keine Gebühren erhoben werden, gegen die allgemeine Formulierung „für die nach gesetzlichen Vorschriften sachliche oder persönliche Gebührenfreiheit angeordnet ist“ ersetzt wurde.

In der bisher gültigen Satzung werden nach § 3 insbesondere Leistungen im Bereich der Sozialversicherung, der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorgung, der Jugendhilfe, des Schwerbehindertengesetzes, des Heimkehrergesetzes sowie des Gesundheitswesens und besondere Leistungen zur Durchführung des Wehrpflichtgesetzes ... und des Unterhaltssicherungsgesetzes ... von Gebühren ausgenommen.

Auf den Hinweis von Herrn Exner, dass mit der allgemeinen Formulierung eine Anpassung an sich ändernde gesetzliche Vorschriften entfallende und die Verwaltungsmitarbeiter über entsprechende Kenntnisse verfügen, schlagen Frau Dr. Müller und Herr Wollenberg vor, die Aufzählung trotzdem beizubehalten, denn so eine Gebührenordnung sei vor allem für die Bürger gemacht.

Nach einem weiteren Pro und Contra schlägt der Oberbürgermeister vor, die genannte Aufzählung wieder in die neue Satzung aufzunehmen. Die Ausnahmeregelung für Leistungen im Bereich der Jugendhilfe soll bis zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung noch einmal geprüft werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam, einschließlich der Ergänzung im § 3 Abs. 1

Punkt 2. Leistungen, für die nach gesetzlichen Vorschriften sachliche oder persönliche Gebührenfreiheit angeordnet ist; hierzu zählen insbesondere Leistungen im Bereich der Sozialversicherung, der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorgung, des Schwerbehindertengesetzes, des Heimkehrergesetzes sowie des Gesundheitswesens und besondere Leistungen zur Durchführung des Wehrpflichtgesetzes ... und des Unterhaltssicherungsgesetzes

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	3

zu 3.9 Änderung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 13/SVV/0178

Fraktion SPD

Herr Dr. Wegewitz bringt den Antrag ein.

Anschließend verweist Herr Dr. Pokorny darauf, dass aus rechtlicher Sicht keine Bedenken gegen die Ergänzung der Entschädigungssatzung bestehen. Zu prüfen wäre allerdings, ob bei der Landeshauptstadt Potsdam die technischen Voraussetzungen für eine zweifelsfreie Identifizierung der elektronischen Signatur gegeben sind. Die empfangende Stelle (hier: Büro der Stadtverordnetenversammlung) müsse in die Lage versetzt werden, eine Prüfung der digitalen Signatur durchzuführen, wofür sie eine Software benötige, die sie derzeit nicht habe. Wenn diese Software eingesetzt wird, gebe es wieder eine Insellösung in der IT-Architektur der Stadt. Die digitale Signatur sei prinzipiell für alle Organisationseinheiten intelligent und als Dienst des IT-Bereichs zu lösen. Dieses Thema stehe auch 2013 auf der Agenda, sei aber vor Ende des Jahres nicht zu lösen.

Herr Dr. Wegewitz widerspricht den Ausführungen und meint, eine entsprechende Software wäre nicht nötig. Auf Empfehlung des Oberbürgermeisters wird der **Antrag zurückgestellt**, bis sich Herr Dr. Wegewitz und Herr Dr. Pokorny dazu verständigt haben.

zu 3.10 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV

Vorlage: 13/SVV/0203

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

zu 3.11 Azubiwohnen

Vorlage: 13/SVV/0204

Fraktion SPD

Herr Schubert erläutert das Anliegen, so dass mit der beantragten Prüfung ggf. die Voraussetzungen für den Ausbau von Wohnheimplätzen für Auszubildende geschaffen werden können.

Frau Dr. Müller verweist ihrerseits auf die Berichterstattung von Herrn Weiberlenn (Bereich Bildung) im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen sowie die der Niederschrift des Ausschusses dazu anzufügenden Anlagen. Damit habe sich der Antrag bereits erledigt.

Herr Heuer betont, dass der Ausschuss dem Anliegen, einschließlich der auszureichenden Unterlagen zugestimmt habe.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob Bedarf für den Ausbau von Wohnheimplätzen für Auszubildende in Potsdam besteht. Wenn die Bedarfsprüfung positiv ausfällt, sollen Ansätze entwickelt werden, wie und mit welchen Partnern (städtische und private Unternehmen, öffentliche Partner) die LHP dazu beitragen kann. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im September 2013 vorzutragen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0

Stimmhaltung: 1

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Bericht über das Ergebnis der Diskussion im VBB bezüglich des Angebots von Drei- bzw. Sechsmonatskarten für den Nahverkehr gemäß Beschluss: 13/SVV/0034**

Herr Domnick informiert, dass der Prüfauftrag zur Einführung von Drei- bzw. Sechsmonatskarten an den VBB weitergeleitet und in der Sitzung des zuständigen Fachausschusses Tarif und Vertrieb des VBB am 17. April 2013 beraten und abgelehnt wurde. Begründet wurde dies u. a. damit, dass durch ein solches Angebot Fahrgäste aus den bestehenden Volljahresabonnements und Jahreskarten in dieses Segment wechseln würden, was zu finanziellen Einbußen bei den Verkehrsunternehmen führe und dessen Ziel entgegenstehe, Fahrgäste ganzjährig und langfristig an den öffentlichen Personennahverkehr zu binden. Aus diesem Grund seien insbesondere in Potsdam entsprechende Abonnements im Vergleich erheblich reduziert worden. Außerdem lasse sich die Zielstellung des Angebots von Drei- bzw. Sechsmonatskarten, einen Anreiz zu geben, das Auto oder Fahrrad in den Wintermonaten stehen zu lassen, nur schwer an die aktuellen Witterungsverhältnisse anpassen und ein erforderliches Angebot an Bahnen und Bussen vorhalten.

Darüber hinaus sei der Verkehrsbetrieb als Kooperationspartner des VBB verpflichtet, auf seinen öffentlichen Linien den Verbundtarif sowie die gemeinsamen Tarifabstimmungen und besonderen Beförderungsbedingungen des Verbundes anzuwenden.

Diese Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 **Gewerbeflächensicherungskonzept - Jahresbilanz 2012/2013 Vorlage: 13/SVV/0193**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs bringt die Vorlage ein.

In der sich anschließenden Diskussion nimmt Herr Cornelius Bezug auf das Anliegen, Gewerbe in Wohnflächen umzuwandeln und betont, dass neben der Fläche im Kirchsteigfeld auch andere Flächen betroffen seien, was in der Diskussion der sich im Geschäftsgang befindenden Anträge berücksichtigt werden sollte. Die gegründete Bürgerinitiative habe sich nicht ohne Grund gegen eine Umwandlung der Fläche im Kirchsteigfeld ausgesprochen.

Herr Dr. Scharfenberg stimmt den Ausführungen zu, dass Gewerbeflächen benötigt werden, plädiert aber dafür, dies nicht zu dramatisieren, sondern nüchtern zu betrachten und den Nachweis zu führen, dass insbesondere die Fläche im Kirchsteigfeld erschlossen und dort auch Gewerbe angesiedelt werden kann. Für diesen Nachweis solle es eine Zeitschiene geben, dann werde die Diskussion konkret und trage auch der Situation auf dem Wohnungsmarkt Rechnung.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass Grundstücke für den Wohnungsbau wesentlich höhere Renditen bringen als die für Gewerbe. Würde die Stadt dem Antrag auf Umwandlung folgen, wäre Spekulationen Tür und Tor geöffnet. Die

Darstellung in der Mitteilungsvorlage habe eine entsprechende Grundlage, denn bei geeigneten Gewerbeflächen bestehe ein Mangel, um bestimmte Ansiedlungen tätigen zu können; er warnt vor einer zu engen Zeitschiene. Dem schließt sich Herr Klipp an und umreißt die Auswirkungen eines solchen Handelns der Stadt.

Auf die Anmerkungen des Oberbürgermeisters Bezug nehmend führt Herr Dr. Scharfenberg aus, dass die Fläche im Kirchsteigfeld seit 17 Jahren bereitstehe und seine Fraktion deshalb die konkreten Entwicklungschancen dafür wissen wolle. Ihm seien die Reditechancen des Eigentümers völlig egal.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 Bericht der Stadtwerke Potsdam GmbH zum Stadtwerkefest 2013

Herr Böhme stellt an Hand visueller Darstellung das Stadtwerkefest 2013 vor, das vom 28.06. – 30.06.2013 stattfinden werde. Er betont, dass sich am Ablauf gegenüber den Vorjahren nicht viel geändert habe und das Fest mit einem Konzert am Freitag eröffnet werde. Am Samstag seien nationale und internationale Künstler verpflichtet worden, die er aber namentlich noch nicht nennen wolle. Am Sonntag sei wie gehabt ein Familientag vorgesehen, bei dem es neu eine naturwissenschaftliche Erlebniswelt und einen Teil zum Thema Daseinsvorsorge zum Mitmachen und Anfassen geben werde. Das Budget bewege sich weiterhin bei 800.000 Euro, trotz der Zustimmung des Hauptausschusses, dieses um 50.000 Euro überschreiten zu dürfen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Kommunale Immobilienverkäufe 2013

Vorlage: 13/SVV/0239

Oberbürgermeister, SB Recht und Grundstücksmanagement

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Information zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners

Herr Schubert bittet um eine Information warum die Landeshauptstadt im Gegensatz zu Kommunen in den Landkreisen bisher anders verfahren sei und keine Sprühaktionen aus der Luft vorgenommen habe. Außerdem wolle er wissen, ob die Verwaltung aufgrund des für das Land Brandenburg am 26. September 2012 durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit genehmigten Einsatzes von "Dipel ES" auf Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind, beabsichtige, auf Schul- und Kindergartengeländen, Sport- und Spielplätzen, Parks und Gärten, auf Friedhöfen und Flächen mit unmittelbarer Nähe zu Einrichtungen des Gesundheitswesens den Eichenprozessionsspinner mittels Dipel Es zu bekämpfen.

Herr Claes führt dazu aus, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam bei der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners im Wesentlichen auf das Absaugen der Nester in stark frequentierten Bereichen konzentrieren werde. Zusätzlich werde nach dem derzeitigen Stand auf pflanzenschutzrechtlicher Basis das

biologische Insektizid Dipel ES mit Hilfe einer Gebläsekanone vom Boden aus in die Kronen von Eichen auf Kulturland verblasen.

Durch die Genehmigung der BAuA, die beim Bereich Grünflächen am 24.04.2013 einging, ist der Einsatz von Dipel ES nunmehr auch nach Biozidrecht möglich. Der Bereich Grünflächen hat daraufhin eine vorläufige Liste mit insgesamt 29 Flächen und Straßenabschnitten erstellt, die in den kommenden Tagen mit den Bereichen Umwelt und Natur, Gesundheit und der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt wird.

Laut Herrn Schubert gebe es in Potsdam gegenüber den Nachbargemeinden, die sich für ein Überfliegen entschieden haben, einen signifikanten Anstieg an Erkrankungen. Auf seine Nachfrage, warum sich Potsdam für ein kompliziertes Verfahren entschieden hat, entgegnet Herr Claes, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam nicht gegen das Versprühen von Dipel ES in Siedlungsgebieten entschieden habe; der Einsatz des Mittels Dipel ES erfolge im rechtlich möglichen und von der Sache her sinnvollen Umfang. Der Einsatz von Dipel ES über den bisher geplanten Umfang hinaus würde über die Vorgaben des Biozidrechts erfolgen. Dies würde keine weitere Beschlussfassung der SVV erfordern, da der Oberbürgermeister bereits im Rahmen der Beigeordnetenkonferenz am 09.01.2013 für einen solchen Fall in Bezug auf Dipel ES entschieden hat, „...dass der Bereich Grünflächen von der Selbstverpflichtung zum Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf dem Gebiet der LHP befreit wird.“ (Magistratsbeschluss Nr. 0064/91 vom 08.05.1991 und DS 03/SVV/0370 vom 04.07.2003).

Eine Wurfsendung zur Aufklärung der Betroffenen sei vorbereitet und werde zielgerichtet ausgebracht; im Vergleich zu den Jahren davor sei die Landeshauptstadt einen erheblichen Schritt weiter.

Herr Schüler betont, dass es erfreulich sei, einen Weg zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners und eine Lösung für den Schutz der Menschen gefunden zu haben.

Herr Dr. Wegewitz regt an, eine zentrale Stelle und E-Mail-Adresse einzurichten, wo sich Einwohner diesbezüglich melden können. Dafür, so Herr Claes, wurde mit den Kollegen der einheitlichen Behördennummer eine Erfassungsmaske abgestimmt, mit der alle notwendigen Informationen aufgenommen werden. Wichtig sei dabei, so Herr Schubert, dass die Stadt dann auch wirklich reagiere und Einwohner auch ein feedback erhalten.

neu Information zu Verwaltungsstrukturveränderung

Der Oberbürgermeister informiert, dass in der heutigen Sitzung der Beigeordnetenkonferenz die Verfügung beraten und an den Personalrat zur Abstimmung übergeben wurde. Er betont, dass es nicht um die Stärkung oder Schwächung des einen oder anderen Beigeordneten gehe, sondern um eine bedarfsgerechte Anpassung und Bündelung von Kräften, die auch in anderen Städten bereits erfolgreich praktiziert worden sei. Im Zusammenhang mit der Betrachtung solcher Themen wie Finanzsteuerung und Personalentwicklung seien die Strukturen und Aufgabenzuordnungen auf den Prüfstand gestellt worden.

Anschließend erläutert Herr Dr. Pokorny an Hand visueller Darstellung das zukünftige Organigramm der Stadtverwaltung.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, dieses Thema in der Hauptausschusssitzung am 15.

Mai erneut auf die Tagesordnung zu setzen, da es sich ohnehin noch im Abstimmungsprozess befinde; so können sich die Fraktionen über die Änderungen ein Bild machen. Er bittet, das Organigramm der Niederschrift als Anlage beizufügen, was der Oberbürgermeister zusagt. Auf seine Nachfrage zum Stand der Besetzung des Bereichsleiters Teilnehmungsmanagement verweist der Oberbürgermeister auf die Vorbereitung der externen Ausschreibung.

zu 5 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob die Beschlussvorlage zur Tourismusabgabe ebenfalls in der heutigen Beigeordnetenkonferenz behandelt worden sei und bittet um eine kurze Information.

Der Oberbürgermeister bestätigt, dass eine entsprechende Beschlussvorlage für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 08. Mai 2013 an den Vorsitzenden übergeben wurde. Die touristisch relevanten Bereiche seien unterteilt und nach Branchen „sortiert“ worden; mit den Beteiligten sei eine Informationsveranstaltung dazu geplant. Er verweist im Weiteren darauf, dass Potsdam nicht die einzige Stadt mit diesem Anliegen sei; so plane auch Berlin die Erhebung einer Bettensteuer.